

## **Erneute Unstimmigkeiten zwischen Republikanern und Demokraten**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 05.05. bis zum 11.05.2014*

(em) Die Schlagzeilen der amerikanischen Presse wurden diese Woche dominiert von angeregten Debatten über neue Studien zum Klimawandel und der Entscheidung der Republikaner, neue Ermittlungen zu den Angriffen auf die amerikanische Botschaft in Libyen vor zwei Jahren zu starten.

Am Dienstag dem 06. Mai veröffentlichte die amerikanische Regierung eine offizielle Studie zum Thema Klimawandel, das National Climate Assessment. Sie zeigt die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die USA. Der Studie ist zu entnehmen, dass immer häufiger auftretende Hitzewellen und sintflutartige Regenfälle auf den Klimawandel zurückzuführen sind. Die auffälligsten Folgen sind regelmäßige Überflutungen, länger anhaltende Dürreperioden und stärkere Waldbrände. Besonders die Reaktionen der Republikaner wurden von den Medien sehr kritisch aufgenommen. Da ein Großteil der Republikaner sich trotz der Studie weigert, den Klimawandel und die Dringlichkeit der Lage anzuerkennen, wirft die *Los Angeles Times* den Republikanern vor, sie würden das amerikanische Volk im Stich lassen. Die Zeitung beschuldigt die Partei, sie sympathisiere zu stark mit der Öl- und Kohleindustrie. Republikaner sollten umgehend eingestehen, dass der Klimawandel durch menschliches Handeln hervorgebracht wurde, damit die Regierung mit sofortigen Maßnahmen beginnen könne. Die Versuche, den Klimawandel als Theorie und Werkzeug Obamas zur Ablenkung der Bevölkerung von weitaus wichtigeren Problemen darzustellen, seien starrköpfig und unverantwortlich. Die *New York Times* schließt sich dieser Meinung an. Auch ihre Kommentatoren verurteilen die Stellungnahme der Republikaner und fordern dazu auf, die „wilden Anschuldigungen und Verschwörungstheorien“ zu ignorieren.

Im amerikanischen Kongress herrschen weiterhin Diskussionen über das sogenannte House Select Committee, das kürzlich von Republikanern ins Leben gerufen wurde, um Untersuchungen zu den Angriffen auf die amerikanische Botschaft in Libyen 2012 neu zu starten. Das Komitee soll die genaue Verwicklung der demokratischen Regierung aufdecken, jedoch weigern sich Demokraten, an der Untersuchung teilzunehmen. Sie sagen, es gebe keine ungelüfteten Geheimnisse und das Komitee sei eine Verschwendung von Steuergeldern. Die *New York Times* teilt die Meinung der Demokraten. Laut ihrer Kommentatoren sei das Komitee ein verzweifelter Versuch der Republikaner, die Demokraten erneut in ein schlechtes Licht zu rücken. Die Anschuldigungen beruhen auf keinerlei Fakten und Demokraten sollten keinesfalls kooperieren, da eine Mitarbeit die „Farce“ der Republikaner legitimieren würde. Die *Washington Post* vertritt hingegen eine andere Meinung. Zwar sieht sie das Vorhaben der

Republikaner ebenfalls als aussichtslose Sache an, aber sie fordert die Demokraten zur Kooperation auf. Es würde ihnen helfen, den Fokus der Bevölkerung von der angeschlagenen Wirtschaft und Obamacare auf ein anderes Thema zu lenken. Gleichzeitig wären die Demokraten immer noch in der Lage, die Republikaner und ihre substanzlosen Anschuldigungen in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

Quellen:

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)